

Fragen und Antworten, 04. November 2016

Aktueller Stand zu CETA

Fragen und Antworten zur Vertragsunterzeichnung am 30.10.16 und dem aktuellen Stand des Ratifizierungsprozesses

Was ist am 30.10.2016 eigentlich genau passiert?

CETA wurde nach einem einstimmigen Votum des EU-Rats von der EU und Kanada unterzeichnet. Das Abkommen hat damit die erste Hürde des Ratifizierungsprozesses genommen. Der Vertragstext ist jetzt nicht mehr veränderbar. Es wurde allerdings ein Zusatzdokument (Joint Interpretative Instrument) erlassen, das als verbindliche Interpretationshilfe im Falle von Auslegungsfragen dienen soll.

Wer muss dem Vertrag noch zustimmen?

Die nächste Hürde für CETA ist das Europäische Parlament. Das Parlament muss darüber abstimmen, kann aber nur mit ja oder nein abstimmen. Die Abstimmung soll im Eilverfahren bereits am 14. Februar 2017 erfolgen. Anders als üblich, soll es keinen Report des federführenden Handelsausschusses geben, auf den ggf. andere Ausschüsse reagieren könnten.

Wenn das Parlament dem Vertrag zustimmt, müssen die 42 Parlamente der 28 Mitgliedstaaten sowie z.B. in Deutschland evtl. der Bundesrat das Abkommen ratifizieren. Dies kann sich über Jahre hinziehen (im Falle des EU-Korea-Abkommens hat dies vier Jahre gedauert).

Wie und wann wird Deutschland CETA ratifizieren?

Dies hängt von der Bundesregierung ab: Die Ratifizierung kann über ein sogenanntes Einspruchsgesetz oder als Zustimmungsgesetz erfolgen, letzteres bedarf der ausdrücklichen Zustimmung der Länder im Bundesrat (mindestens 35 der 69 Stimmen). Derzeit verfügen die Landesregierungen ohne Beteiligung von Grünen und Linkspartei über nur 16 der 69 Stimmen im Bundesrat. Dort könnte also CETA die Zustimmung verweigert werden, wenn die Landesregierungen mit grüner und linker Beteiligung CETA nicht zustimmen.

Welchen Weg die Bundesregierung einschlägt wird sich erst dann zeigen, wenn das zuständige Wirtschaftsministerium einen Referentenentwurf für das Ratifizierungsgesetz vorlegt. Auch könnte der Bundespräsident alle im Zusammenhang mit der Ratifizierung von CETA stehenden notwendigen Begleitgesetze stoppen, wenn er Bedenken zur Vereinbarkeit mit der Verfassung hat. Diese Bedenken sind durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt worden und sollen in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden.

Welche Teile des Abkommens werden vorläufig angewendet und wann?

CETA ist ein gemischtes Abkommen mit vorläufiger Anwendbarkeit der Bereiche, die in die ausschließliche Kompetenz der EU fallen. Die vorläufige Anwendbarkeit könnte zum 1. März 2017 starten.

Neben dem umstrittenen Streitschlichtungsmechanismus ICS gibt es auch einzelne [Kapitel und Abschnitte, die nicht vorzeitig angewendet werden](#), wie etwa in den

Bereichen Finanzdienstleistungen oder Geistiges Eigentum. Insgesamt wird aber nahezu der ganze Vertrag vorläufig angewendet.

Deutschland, Österreich und Polen haben in einer Zusatznote erklärt, ihre Zustimmung zu der vorläufigen Anwendbarkeit gegebenenfalls wieder zurückzuziehen.

Was hat der Protest der Wallonie mit der Einstufung als gemischtes Abkommen zu tun?

Die Wallonie konnte die Unterzeichnung verzögern und weitere Klarstellungen einfordern, sowie Mitteilen das sie beim derzeitigen Stand nicht beabsichtigen CETA zu ratifizieren. Da in Belgien die einzelnen Regionen große Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, und der Premierminister Belgiens CETA nur mit der Unterstützung aller Landesparlamente zustimmen konnte, ist das schon die Ankündigung für das Ende von CETA. Das ist nur wegen der Einstufung als gemischtes Abkommen möglich. Nachdem das EU-Parlament CETA zugestimmt hat, müssen noch alle 28 EU-Mitgliedsstaaten CETA ratifizieren. Das ist notwendig, weil CETA auch Bereiche betrifft, die nicht in die alleinige Zuständigkeit der EU fallen.

Wieso hat die Wallonische Region jetzt eigentlich doch zugestimmt?

Das Kompromisspapier der Belgier zwischen der Zentralregierung und den drei Regionalregierungen verpflichtet Belgien, vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Frage klären zu lassen, ob die Streitschlichtung in der neuen Variante europarechtlich zulässig ist oder nicht. Stellt der EuGH das letztere fest, ist CETA gescheitert, das heißt der Vertrag kann so nicht in Kraft treten und muss geändert werden.

[Greenpeace sagt seit 2013](#), dass ISDS/ICS mit dem Europarecht nicht vereinbar sind und bekommt zunehmend Unterstützung in dieser Sichtweise. Der [Deutsche Richterbund](#) hat Anfang 2016 die Schaffung der geplanten Gerichte in TTIP als unzulässiges einseitiges Gerichtssystem abgelehnt, da es nur jeweils ausländischen Investoren offensteht.

Außerdem haben die kritischen Regionen angekündigt, dass sie CETA aufgrund der ICS-Regelungen nicht ratifizieren werden, somit kann Belgien CETA in der vorliegenden Form nicht ratifizieren. Das belgische "Ja" beinhaltet also die Ankündigung eines "Nein".

Warum gibt es zwei Zusatzklärungen - das "Gemeinsames Auslegungsinstrument" und die „Erklärungen für das Ratsprotokoll“. Worin unterscheiden sie sich?

Diese beiden Zusatzdokumente waren notwendig, um den Bedenken einzelner Mitgliedstaaten am CETA-Abkommen Rechnung zu tragen und den Abschluss des Abkommens am 30. Oktober zu ermöglichen. Das [Gemeinsame Auslegungsinstrument zum Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen \(CETA\)](#) zwischen Kanada und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten ist eine völkerrechtlich verbindliche Erklärung zwischen Kanada und der EU zur Auslegung des CETA-Abkommens. Sie ändert nichts am Text des Abkommens sondern wird im Zweifelsfall zur Interpretation des Abkommens herangezogen. Das wesentliche umfangreichere Dokument sind die [Erklärungen für das Ratsprotokoll](#), in dem die Kommission und einzelne Mitgliedstaaten Erklärungen und Interpretationen zum Abkommen angeben. Diese sind nur für die Kommission bzw. für die Mitgliedsstaaten bindend.

Wirtschaftsminister Gabriel, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und andere behaupten, CETA sei das beste Handelsabkommen, das die EU jemals ausgehandelt habe. Wieso ist Greenpeace anderer Meinung?

Es hat bisher kein Handelsabkommen dieses Ausmaßes gegeben. CETA geht weit über die Abschaffung von Zöllen hinaus und versucht Standards anzugleichen. Da sich die Standards in vielen Bereichen nicht so stark zwischen der EU und Kanada unterscheiden, wird diese Form der Festlegung als Erfolg gefeiert. Dahinter verbergen sich aber in Realität eine Absenkung von Standards und eine Gefahr für den Umweltschutz. Studien von Greenpeace zu [Gentechnik](#), [Streitschlichtungsmechanismus](#) und der [regulatorischen Kooperation](#) belegen, dass CETA in vielen Bereichen hinter anderen Verträgen und auch hinter den Forderungen von politischen Institutionen, wie dem Europaparlament, zurückbleibt. Das Vorsorgeprinzip wird dadurch gefährdet, und es sind weder Arbeitnehmerrechte noch Umweltschutz- oder Klimaschutzmaßnahmen einklagbar. Handelsabkommen welche heutzutage abgeschlossen werden müssen die wichtigsten Probleme dieser Welt wie den Klimawandel, die wachsende Ungerechtigkeit und Vertreibung durch Hunger und Krieg, zumindest berücksichtigen und nicht potential verschlimmern. Das ist mit CETA nicht der Fall.

Wenn die EU mit Kanada kein Abkommen abschließen kann, kann sie überhaupt keine mehr abschließen. Hängt die Glaubwürdigkeit der EU nicht an einem erfolgreichen CETA-Abschluss?

Das Gegenteil ist der Fall: Die EU gefährdet ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie ihre Werte auf dem Altar von bilateralen Handelsabkommen opfert. Die EU hat eine große Wirtschaftskraft und ist für viele andere Länder ein wichtiger Handelspartner. Die vielfach gelobte höfliche Geduld der Kanadier beim Zögern der Wallonie kann ganz einfach mit der großen Bedeutung erklärt werden, die die EU als Handelspartner für die Nordamerikaner hat. Es werden parallel weitere Handelsabkommen beispielsweise mit Vietnam und Japan verhandelt, was auch nicht in Frage steht. Es können und müssen gute Standards in Bezug auf Nachhaltigkeit und Fairness durch EU Verträge geschaffen werden.

Es gab Verbesserungen und Anpassungen im CETA-Vertrag, warum ist Greenpeace immer noch nicht zufrieden und verlangt Änderungen?

Die zentralen Probleme des CETA-Vertrags sind immer noch vorhanden. Sonderklagerechte für Konzerne (ICS) gefährden Umwelt- und Verbraucherrechte. Außerdem ist das Vorsorgeprinzip nicht ausreichend abgesichert. Der Kern, die Angleichung von Gesetzesmaßnahmen in der „Regulatorischen Kooperation“ wurde nicht mehr verändert. Das findet eine Anpassung und Einschränkung der Demokratie an den Markt statt, während Greenpeace die Anpassung des Marktes an die Demokratie fordert. CETA ist im Geheimen verhandelt worden ohne Mitbestimmung der Zivilgesellschaft oder der gewählten Parlamente. Auch das Europäische Parlament darf keine Änderungen im Sinne des Gemeinwohls mehr vornehmen, sondern nur „Ja“ oder „Nein“ sagen.

V.i.S.d.P. Matthias Flieder, Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg